



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sichern: 3G und Impfangebot statt Impfdruck

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Bayern entsprechend der Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) zu ermöglichen. Folgende Maßnahmen sind dafür zu treffen:

- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten mit 3G Zugang zu allen Bereichen, die ansonsten für Erwachsene mit 2G oder 2G plus zugangsbeschränkt sind.
- Die Staatsregierung spricht sich analog zur STIKO gegen eine Impfpflicht für Kinder aus. Sie trägt dafür Sorge, dass kein Impfdruck auf unter 18-Jährige ausgeübt wird, und verhindert – entsprechend der STIKO-Empfehlung –, dass bei Kindern und Jugendlichen eine Impfung zur Voraussetzung sozialer Teilhabe gemacht wird.
- Die Staatsregierung organisiert eine bayernweite barrierefreie, niedrigschwellige und mehrsprachige Informationskampagne für Eltern, Kinder und Jugendliche bzgl. der Impfung gegen das Coronavirus. Sie stellt sicher, dass die Infrastruktur für Aufklärung, Beratung und Impfung flächendeckend geschaffen wird. Zudem werden die Impfzentren dabei unterstützt, kindgerechte Angebote einzurichten, z. B. „Kinder-Impfstraßen“.

Begründung:

Die vergangenen drei COVID-19-Infektionswellen haben gezeigt, dass die Einschränkungen für Kinder und Jugendliche schwere psychosoziale Folgen nach sich ziehen und gleichzeitig benachteiligte junge Menschen in besonderem Maße belasten. Zwar besteht inzwischen politischer Konsens, dass Bildungs- und Betreuungseinrichtungen unter allen Umständen offengehalten werden müssen. Trotzdem wird die soziale Teilhabe junger Menschen in Bayern erneut unangemessen eingeschränkt. Jugendliche brauchen mehr als Schule, um sich psychisch, physisch und seelisch gesund entwickeln zu können. Es ist deshalb legitim, dass ungeimpfte Erwachsene mit den aktuellen Regelungen mehr in ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung genommen werden. Auch eine Impfpflicht für Erwachsene halten wir für sinnvoll und legitim. Gleichzeitig dürfen Kinder und Jugendliche nicht unter Druck gesetzt werden, die Impf-Versäumnisse der Erwachsenen auszugleichen.

Für Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren hat die STIKO eine Impfempfehlung ausgesprochen und gleichzeitig deutlich gemacht, dass bei Kindern und Jugendlichen eine Impfung nicht zur Voraussetzung sozialer Teilhabe gemacht werden darf. Mit den gel-

tenden Kontaktbeschränkungen für Jugendliche über 12 Jahren und 3 Monaten ignoriert die Staatsregierung diese Forderung und macht Jugendliche erneut zu den Leidtragenden der Pandemie. Statt indirekten Druck auf diese Altersgruppe auszuüben, wären ergebnisoffene Aufklärung und Beratungsangebote der richtige Weg, um eine höhere Impfquote bei Jugendlichen ab 12 Jahren zu erzielen. Mit der Aufklärung sollen Jugendliche insbesondere befähigt werden, sich eine eigene Meinung über die Impfung zu bilden und im Rahmen ihrer Einsichtsfähigkeit selbstständig zu entscheiden.

Der Impfstoff für Kinder zwischen 5 und 11 Jahren ist seit 25. November 2021 offiziell durch die Europäische Arzneimittelbehörde zugelassen. Eine Empfehlung der STIKO steht bis heute noch aus. Trotzdem muss die Infrastruktur für Aufklärung, Beratung und Impfung bereits jetzt eingerichtet werden, da viele Eltern ihre Kinder zeitnah impfen lassen möchten.